



# im blickpunkt aumühle

kommunal - politisch

SEPTEMBER 2005

www.spd-aumuehle.de

Unerhört!



In Friedrichsruh und Umgebung sollen mehrere Leute dabei ertappt sein, als sie sozialdemokratische Flugschriften verteilten.

(Quelle: „Kladdaradatsch“ vom 5. 12. 1886)

## Unerhört !

Vor 120 Jahren konnten sozialdemokratische Schriften nur heimlich verteilt werden. Heute müssen wir uns nicht mehr verstecken. Wir nehmen an, dass Sie an unserer Meinung und an unserer kommunalpolitischen Arbeit interessiert sind, auch wenn Sie nicht alle unserer Auffassungen teilen. Bevor Sie also unseren „Blickpunkt“ in die Papiertonne werfen, lesen Sie ihn bitte bis zum Ende durch ...

## Aus der aktuellen Kommunalpolitik

Nach langen kontroversen Diskussionen und daraus resultierenden Verzögerungen wird nun endlich seit dem Frühsommer dieses Jahres das Sport- und Jugendheim grundlegend saniert. Über lange Jahre wurden nur die notwendigsten Instandhaltungsarbeiten durchgeführt, so dass sich zahlreiche Problemzonen entwickelt hatten.

Das Flachdach war zwar über die Jahre immer mal wieder geflickt worden, wies jetzt aber schließlich doch an zahlreichen Stellen große Leckagen auf. Diese waren als Flecken an Decken und Wänden im Inneren deutlich zu sehen und hatten die Wärmeisolation der gesamten Decke so durchnässt, dass sie kaum noch Isolationswirkung hatte. Deshalb hatte die Gemeindevertretung ursprünglich beschlossen, durch das Aufsetzen eines Pultdaches den Problembereich Dach ein für allemal zu entschärfen. Leider zeigte sich aber, dass diese komplette Umgestaltung des Daches doch noch eine Reihe zusätzlicher Kosten mit sich gebracht hätte. Dadurch wäre der Unterschied zu einer kompletten Erneuerung des Flachdaches einschließlich neuer Wärmeisolation entsprechend den heute geltenden Regeln statt der ursprünglich veranschlagten 40- bis 50-tausend Euro auf etwa 100-tausend Euro angewachsen. Darum revidierte die Gemeindevertretung dieses Frühjahr ihren Beschluss zugunsten einer kompletten Erneuerung des Flachdaches.

Im zweiten Schritt wird jetzt die Innensanierung durchgeführt. Besonders die Dusch- und Umkleieräume waren nach jahrzehntelanger intensiver Nutzung ohne Renovierung in sehr schlechtem Zustand. Die Leitungen und Kabel waren marode, die Wände spakig und schimmelig. Außerdem hatte sich die Raumaufteilung um den Tresen herum als ungünstig erwiesen, da die Nutzer der verschiedenen Räume, die an den Tresen angrenzen, sich gegenseitig störten.

Durch die aktive Mithilfe zahlreicher Mitglieder des TUS gelang es, bei der Innensanierung erhebliche Kosten zu sparen. So wurden viele Arbeiten, die keine spezielle Ausbildung verlangen, wie das Abstemmen der alten Wandkacheln, Abriss- und Aufräumarbeiten von TUS-Mitgliedern durchgeführt,

die bisher über 500 Arbeitsstunden aufgebracht haben. Hiermit hat der TUS deutlich gezeigt, dass seine Mitglieder bereit sind, Verantwortung für das Sport- und Jugendheim zu übernehmen.

Die Verhandlungen zwischen der Gemeinde und dem TUS über einen Nutzungs-Vertrag sind noch nicht abgeschlossen. Die Gemeinde hofft, dass sich der TUS auch bei der Nutzung und Instandhaltung des Heimes stärker engagiert, um so die Verwaltung zu entlasten und Kosten zu sparen. Es liegt auf der Hand, dass diejenigen, die täglich in dem Heim ein- und ausgehen, am ehesten Probleme entdecken und etwas dagegen unternehmen können, bevor diese zu größeren Schäden angewachsen sind.

Besonders im Hinblick auf die von der Landesregierung mit starkem Druck betriebene Verwaltungsstruktur-Reform ist zu befürchten, dass die Aumühler Verwaltung bald nicht mehr in der Lage sein wird, die Nutzung des Heimes ordnungsgemäß zu überwachen. Sollte die Gemeinde tatsächlich von der Landesregierung zu einem Zusammenschluss mit Wentorf oder einem größeren Amt in der Nachbarschaft gezwungen werden, hat die Gemeinde möglicherweise in absehbarer Zeit kein eigenes Personal mehr.

## Kommunalreform

Seit Monaten wird über eine Kommunalreform in Schleswig-Holstein diskutiert. Die Planungen aus Kiel sehen Amtsverwaltungen für mindestens 8000 bis 9000 Einwohner vor.

Kleinere Ämter, wie unser Amt Aumühle-Wohltorf mit dem Forstgutsbezirk Sachsenwald mit knapp 6000 Einwohnern sind nach dem pauschalen Urteil des Rechnungshofes nicht mehr wirtschaftlich zu führen. Diese Aussage wird von den Bürgermeistern Aumühles und Wohltorfs entschieden bestritten. Beide haben in einer Kosten-Berechnung dargestellt, dass im Aumühler Rathaus mit seiner Nebenstelle in Wohltorf preisgünstiger gearbeitet wird als in manchen größeren Amtsverwaltungen.

Ob diese Zahlen zu einer Trumpfkarte werden können, ist sehr zweifelhaft. Auch wir kritisieren, dass von der Landesregierung bisher nicht eindeutig festgelegt wurde, welche Aufgaben in Zukunft vom Land an die Kreise, Ämter und Gemeinden delegiert werden – und womit sich die geplanten Dienstleistungszentren beschäftigen sollen. Unter der Federführung von Staatssekretär Schlie weist das Land lediglich pauschal darauf hin, dass komplizierte Aufgaben auf die Ämter zukommen werden, für deren Lösung qualifiziertes Personal erforderlich ist, welches seiner Meinung nach nur in größeren Verwaltungseinheiten vorgehalten werden kann.

Bürgermeister Giese hat mit der Gemeinde Wentorf positive Gespräche über eine kommunale Zusammenarbeit geführt. Und auch mit weiteren Ämtern in der Umgebung, u.a. mit dem Amt Hohe Elbgeest, ist man über eine mögliche Zusammenarbeit in Kontakt.

- Bei einer Verwaltungsgemeinschaft würden nur bestimmte Aufgaben für Aumühle und Wohltorf von der größeren Verwaltung in Wentorf oder im Amt Hohe Elbgeest ausgeführt.
- Bei einem Anschluss z.B. an das Amt Hohe Elbgeest wären Aumühle und Wohltorf zwei weitere Gemeinden im Amtsverband, der bereits acht Gemeinden mit fast 13.000 Einwohnern betreut. Im Amt Hohe Elbgeest würden die Gemeinden ihre Selbstständigkeit behalten. Sie hätten entsprechend ihrer Einwohnerzahlen Einfluss auf alle Entscheidungen im Amtsausschuss.
- Die weitestgehende Lösung wäre die Eingemeindung von Aumühle, Wohltorf und dem Forstgutsbezirk in die Gemeinde Wentorf. Hierdurch würden die Gemeinden ihre Selbstständigkeit vollständig verlieren. Dafür gibt es sicher nur wenige Anhänger in Aumühle und Wohltorf.

In der Gemeindevertretung sind sich alle Fraktionen einig, dass wir für Aumühle ein hohes Maß an Selbstständigkeit erhalten wollen. Die SPD Aumühle wird besonders darauf achten, dass Bürgernähe und ehrenamtliches Engagement nicht zurückgedrängt werden.

Bevor verbindliche Gespräche mit den Nachbarn geführt werden können, ist es erforderlich, dass die Landesregierung durch den von ihr beauftragten „Reform-Spezialisten“ Staatssekretär Schlie, erklärt, welche Aufgaben und Vorgaben der Landesregierung für die Kommunalverwaltungen vorgesehen sind. Der von der Landesregierung ausgeübte Zeitdruck für Entscheidungen in den Gemeinden ist nicht nachzuvollziehen.

Einzelheiten über aktuelle kommunalpolitische Themen finden Sie ständig aktualisiert auf unserer Internet-Seite

**[www.spd-aumuehle.de](http://www.spd-aumuehle.de)**

**Die erste Internet-Adresse der Aumühler  
Kommunalpolitik**

## Bau eines Radweges von Kröppelshagen nach Kuddewörde

Im Jahre 1999 hatten die Gemeinden Kröppelshagen, Kuddewörde und Grande gemeinsam mit der Gemeinde Aumühle in einer Resolution den Bau eines Radweges entlang der Landesstraße L 208 von Kröppelshagen nach Kuddewörde gefordert.



Michael Schimanel, Klaus Schlie, Carl-Eduard Graf von Bismarck und Dieter Giese (von links) trafen sich gestern an der L 208.

## Gefährliche Straße endlich entschärfen

### CDU fordert den Bau eines Radwegs

Aumühle (gü). Mit geballtem Einsatz für den Radweg: Dieses Ziel haben sich der CDU-Landtagsabgeordnete Klaus Schlie, der Aumühler CDU-Vorsitzende Carl-Eduard Graf von Bismarck, Aumühles Bürgermeister Michael Schimanel und der frühere Polizeistationsleiter Dieter Giese vorgenommen. Sie wollen beim Land erreichen, dass entlang der Landesstraße Landesstraße 208 ein Radweg gebaut wird, um immer wieder auftretende Gefahren-Situationen zu entschärfen. Das Haus von Bismarck sei bereit, so betonte der Graf, mit dieser Initiative zu kooperieren.

Seit Jahren schon passieren auf der Strecke zwischen Kröppelshagen und Kuddewörde Unfälle mit Wild. Außerdem sind immer wieder Fußgänger

und Radfahrer gefährdet, die auf der schmalen und hügeligen Straße unterwegs sind. Trauriger Höhepunkt bisher: Am 17. März dieses Jahres wurde einer jungen Joggerin der Arm abgerissen.

Seitdem, so fordern die CDU-Vertreter, muss etwas passieren. Schimanel: „Schon bei normalem Tageslicht sind Radfahrer und Fußgänger im Sachsenwald kaum mehr zu erkennen; zur eigenen Sicherheit schalten viele Autofahrer auf dieser Strecke automatisch ihr Licht ein.“

Klaus Schlie: „Das Ministerium hat Kriterien aufgelistet, unter welchen Bedingungen Radwege gebaut werden. Wir wollen darauf hinweisen, dass die Regierung ihr Radwegeprogramm besonders an dieser Stelle verwirklichen sollte.“

Bergedorfer Zeitung 24.9.99

Die CDU-Politiker Klaus Schlie (langjähriger Landtagsabgeordneter und nun Staatssekretär in Kiel), Carl-Eduard Graf von Bismarck (Vorsitzender der CDU Aumühle und seit kurzem Bundestagsabgeordneter in Berlin) und Dieter Giese (inzwischen Bürgermeister der Gemeinde Aumühle) griffen die Initiative auf und trafen sich zu einem Fototermin an der L 208 und erklärten in einem Zeitungsartikel am 24. September 1999, man wolle sich „mit geballtem Einsatz“ für den Bau eines Radweges entlang der für Fußgänger und Radfahrer gefährlichen Straße einsetzen.

Außer dem Fototermin einige Monate vor der Landtagswahl im März 2000 war von dem „geballten Einsatz“ nichts zu spüren. Wir nehmen an, dass bis heute der Bau eines neuen Radweges von Kröppelshagen nach Kuddewörde entlang der L 208 an fehlenden Landesmitteln gescheitert ist und sich daran auch in absehbarer Zeit nichts ändern wird.

Dass politischer Druck auch Erfolge verzeichnen kann, zeigt die Einengung der Fahrbahn der L 314 im Bereich Müllerkoppel. Hier hat eine Lärmschutzinitiative

aus betroffenen Bürgern seit Jahren immer wieder darauf hingewiesen, wie störend der von den Landesstraßen ausgehende Lärm für die ganze Gegend ist. Durch die Fahrbahnverengung soll erreicht werden, dass dort in Zukunft langsamer wird und sich dadurch der Verkehrslärm reduziert..

Deswegen ergreifen wir nun die Initiative und schlagen eine kostengünstige Zwischenlösung vor, solange es noch keinen Radweg entlang der L 208 gibt: vorhandene Wanderwege im Sachsenwald nahe der L 208 sollten als Radwege ausgewiesen und entsprechend beschildert werden.

Hierbei hoffen wir auf die Kooperation der Gemeinden Kröppelshagen, Kuddewörde und Aumühle, der Waldbesitzer, des Landesverkehrsministeriums und auf finanzielle Unterstützung aus der Tourismusförderung.

## Liebe Aumühlerinnen und Aumühler,

unerwartet werden Sie in diesem Herbst an die Wahlurnen gebeten, um über einen neuen Bundestag abzustimmen. Ich möchte Sie bitten, von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, denn am 18. September geht es für unser Land um eine Richtungsentscheidung.

Als Wählerinnen und Wähler entscheiden Sie, ob Kranken- und Pflegeversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung weiterentwickelt werden oder ob mit Merkels Kopfpauschale Vorstandschef und Pfortner mit gleichen Beiträgen belastet werden. Sie bestimmen darüber, ob wir uns mit erneuerbaren Energien auf die Zukunft einstellen oder die Rolle rückwärts ins Atomstromzeitalter machen. Und Sie treffen die Entscheidung darüber, ob wir ein Steuersystem haben, in dem starke Schultern mehr tragen als schwache, oder ein CDU-Modell, in dem die Verbraucher über eine erhöhte Mehrwertsteuer zur Senkung des Spitzensteuersatzes herangezogen werden.

Die Wahlentscheidung vom 18. September wird sich auf vielfältige Weise auch in Ihrer Nähe auswirken. Nur zwei konkrete Beispiele möchte ich hier bringen. Sicher haben Sie vom großen Erfolg des Programms „Zukunft Bildung und Betreuung“ gehört. Rund 150 Ganztagschulen in Schleswig-Holstein profitieren von den hier eingesetzten Mitteln. Mit Angela Merkel als Kanzlerin würde das Investitionsprogramm wohl nicht fortgesetzt, denn die Unionskandidatin hat bereits unmissverständlich deutlich gemacht, dass sie der Meinung ist, der Bund sollte für derartige Projekte nicht zahlen.



Das zweite Thema ist der Verzicht auf die aktive Arbeitsmarktpolitik, den sich Union und FDP auf die Fahnen geschrieben haben. Dies wäre das Aus für bewährte Einrichtungen wie etwa das Jugendaufbauwerk Geesthacht. Meiner Meinung nach ist das in einer Zeit hoher Jugendarbeitslosigkeit eine unverantwortbare Maßnahme.

Als Sozialdemokrat setze ich mich für eine Fortführung der aktiven Arbeitsmarktpolitik ein. Ich plädiere für eine Reform der Erbschaftssteuer und trete dafür ein, durch einen Sonderbeitrag für Hochverdiener die breiteren Schultern stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen. Und ich werde mich weiter dafür verwenden, durch die Arbeitsmarktreformen hervorgerufene Härten zu beheben.

Liebe Aumühlerinnen und Aumühler, mit vielen Menschen aus meinem Wahlkreis – auch aus Ihrer Gemeinde – habe ich in den vergangenen Jahren Gespräche geführt, sei es im Rahmen von Diskussionen, bei Veranstaltungen oder ganz persönlich. Ich habe auch versucht, individuell zu helfen. Dabei bin ich Kritik nicht aus dem Weg gegangen und war auch außerhalb von Wahlzeiten jederzeit ansprechbar. Ich habe den Wahlkreis zweimal direkt gewonnen und vertrete Sie seit nunmehr sieben Jahren in Bonn bzw. in Berlin. Diese Arbeit möchte ich auch in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen und bitte hierfür um Ihre Unterstützung.



Ihr

Thomas Sauer

## Stimmen der Anderen

### Entlarvt

**nf.** Von Kurt Biedenkopf weiß man, daß er auch seiner eigenen Partei unbequeme Wahrheiten nicht erspart, nicht einmal im Wahlkampf. Sein nüchterner Hinweis, daß selbst ein kraftvoller konjunktureller Aufschwung an sechs von zehn Arbeitslosen vorbeigehen und folglich die Misere auf dem Arbeitsmarkt nicht beheben werde, hat dies abermals bewiesen: Mit einem Federstrich entlarvt der frühere sächsische Ministerpräsident, der heute als Mitglied des Ombudsrats und Vorsitzender der Mitbestimmungskommission die rot-grüne Regierung berät, die Wahlkampfstrategie der Union, die Wirtschaftswachstum zum Allheilmittel erkoren hat, aber ein Konzept zur Stärkung des Niedriglohnssektors schuldig geblieben ist und sich auch in der Renten- und Gesundheitspolitik um die Frage herumdrückt, wie die Entlastung des Faktors Arbeit eigentlich finanziert werden soll. Wer nach Lösungsansätzen sucht, wird in der IAB-Studie fündig: Statt Geld für teure Kombilöhne auszugeben, bei denen sich Mitnahmeeffekte nicht ausschließen lassen, sollte der Staat lieber in die Schulen investieren und so die Ausbildungsreife der Jugendlichen verbessern. Damit wüchsen nicht nur deren Chancen auf dem Lehrstellenmarkt, sie wären auch später besser vor dem Verlust ihrer Stelle geschützt. Im Osten ist jeder zweite, der keine Berufsausbildung besitzt, auch ohne Job, im Westen jeder fünfte.

## Frankfurter Allgemeine

Freitag, 19. August 2005

### Auf faulen Zauber angewiesen

*Zum Einsatz des Wahlkampfteams und der Berufung von Paul Kirchhof durch die Unions-Kanzlerkandidatin Angela Merkel liest man im „Tages-Anzeiger“ (Zürich):*

„Zauberin Merkel [hat] mit Kirchhof für den Wahlkampf ein Imageproblem gelöst – mehr nicht. Ihre Kampagne litt darunter, daß sie die Wirtschaft – und nur die Wirtschaft – ins Zentrum stellt, für die Umsetzung ihrer Pläne aber keinen Namen nennen konnte. Mit der Präsentation von Kirchhof hat Merkel erfolgreich von dieser Leerstelle abgelenkt, sie aber nicht gefüllt . . . Niemand rechnet damit, daß Kirchhof wirklich Minister wird. Er ist zwar das personifizierte Versprechen radikaler Ideen – jener Ideen, die man im CDU-Wahlprogramm vergeblich sucht. Aber umsetzen wird er diese Ideen nicht . . . Merkel ist auf faulen Zauber angewiesen, weil es ihr an Personal fehlt – sie hat sich mit wichtigen Leuten zerstritten – und weil sie Reformen verspricht, die nicht zusammenpassen.“

**18. September 2005  
Bundestagswahl  
Bitte gehen Sie wählen !**

**Geben Sie Ihre erste Stimme  
unserem Kandidaten**

**Thomas Sauer**

Ortsverein  
Aumühle

**SPD**